



Tätigkeitsbericht des Vorstandes für das Jahr 2006

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF) e.V.

Rahmenbedingungen und aktuelle Situation, in der die Vorstandsarbeit im letzten Jahr stattgefunden hat.

Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Mitgliederversammlung November 2005 nicht verbessert. Im Gegenteil: Nach ersten Unsicherheiten, wie das Zuwanderungsgesetz angewendet werden sollte, konnten wir eine deutlich härtere Linie bei Abschiebungen feststellen: Sammeldeportationen mit z.T. schon Einsammeln der betroffenen Personen am Abend vorher, weniger Berücksichtigung ärztlicher Atteste und Stellungnahmen, häufigere Abschiebungen aus stationärer Behandlung, Abschiebehaft von psychisch kranken Menschen. Vollzugshindernisse wurden bei Klienten/Patienten mit psychotraumareaktiver Folgeerkrankungen in vielen Fällen nicht mehr anerkannt. Was danach mit ihnen geschehe, entscheide das Bundesamt. Das Bundesamt wiederum interessiert sich nur noch, ob theoretisch eine Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland für die diagnostizierte Störung gibt. Was Menschen an Leid und Menschenrechtsverletzungen erlitten haben, wird im Asylverfahren nicht hinlänglich geprüft. In den Zentren erleben wir zunehmend Menschen, die durch die Androhung einer erzwungenen Rückkehr dekompensieren und psychisch schwer erkrankt sind.

Wegen der strukturellen Mängel im Asylverfahren, wegen der Überforderung der Betroffenen im Anhörungsverfahren und der rigiden Abschottungspolitik, die jahrelang Menschen die Integration in unsere Gesellschaft verwehrt hat, leben mehr als 200 000 Geduldete, meist schon viele Jahre unter uns. Viele leiden unter der Unsicherheit und Ausgrenzung, häufig sind sie krank geworden. Dieser humanitäre Skandal ist bei den Politikern angekommen, eine seit 1 ½ Jahren von Flüchtlingsorganisationen entfachte Kampagne zwingt nun die Innenpolitiker zu handeln. Wie kleinlich allerdings ihre **Bleiberechtsregelung** ausfällt, können wir in diesen Tagen betrachten. Die BAFF hat mit Briefen und Dokumentationen von konkreten Beispielen in die Diskussion eingegriffen und vor allem ein sicheres Bleiberecht für traumatisierte Personen und ihren Familien (einschließlich der erwachsen gewordenen Kinder) gefordert. Die BAFF hat an verschiedene Ministerien, alle Innenminister und relevante Politiker Briefe geschrieben und auch die Presse informiert. Desgleichen wurde in den diversen Gesprächen auf die Forderungen der BAFF bezüglich der Bleiberechtsregelung eingegangen.

Alle BAFF-Mitglieder wurden aufgefordert, sich den Forderungen der BAFF anzuschließen.

Entgegen den Beteuerungen aus Politikerkreisen ist die **EU-Aufnahmerichtlinie**, die ein Recht auf adäquate Behandlung nach schweren Menschenrechtsverletzungen in den EU-Mitgliedsländern festlegt, in Deutschland bisher nicht umgesetzt. Zu Beginn des Jahres bestand nur wenig Einsicht bei den Politikern und Entscheidungsträgern, dass hier dringender Behandlungsbedarf besteht. In einem mühsamen Prozess gelang es durch intensive Lobbyarbeit, zumindest bei einigen Politikern ein Umdenken zu erreichen. Die entsprechenden Gespräche sind weiter unten aufgeführt. Der Vorstand der BAFF hat sich mit Fachleuten zusammengesetzt und ein umsetzungsfähiges Konzept zur frühzeitigen Identifizierung und Behandlung von psychotraumareaktiver Folgestörungen entwickelt und sie in die Schlussdiskussion um die Novellierung zum Zuwanderungsgesetz eingebracht. Dabei ist die wichtigste Zielsetzung, die Identifizierung und Behandlung in die Hände von heilkundlichen Fachleuten und nicht in die Hände des Bundesamtes zu legen. In den Gesprächen musste diese Selbstverständlichkeit erst vielen Entscheidungsträgern nahe gebracht werden.

Zum **Zuwanderungsgesetz** hatten wir auf der letzten Mitgliederversammlung ausführlich Stellung bezogen. Die jetzt anstehende Novellierung wird entgegen Protesten aus vielen gesellschaftlichen Gruppen durchweg Verschärfungen bringen. Diese wurden zumindest in einem Brief der BAFF noch einmal aus unserer Sicht zurückgewiesen.

Schwerpunkte der Arbeit des BAFF- Vorstandes waren:

- Sicherung der BAFF als Dachverband
- Lobbyarbeit für die EU – Aufnahmerichtlinie
- Umsetzung der Standards für Begutachtung
- Entwicklung eines Konzepts zur Identifizierung traumatisierter Flüchtlinge.
- Initiierung der Diskussion um Ausweitung von Behandlungsnotwendigkeiten auf das familiäre Umfeld

Der nachfolgende Bericht dokumentiert die Umsetzung der Ziele der Satzung im Geschäftsjahr 2005.

A. Organisatorisches

Treffen zur Projektkoordination und Evaluation:

Mitglieder des Vorstands plus relevante Experten trafen sich im Jahr 2005 dreimal zu Koordinationstreffen:

- 12.01.2006, Nürnberg
- 17.03.2006, Frankfurt a.M.
- 29.05.2006, Frankfurt a.M.

Vorstandstreffen:

- 19.10.2006, Berlin

Die Mitgliederversammlung findet am 21.11.2006 im Rahmen der Fachtagung „ZwischenKulturen. Neue Lebenskonzepte als Herausforderung für die Traumatherapie mit Flüchtlingen“ in Köln statt.

Anträge/Mitgliedschaft:

Im Laufe des Jahres 2005/6 gab es folgende Anträge/Aufnahmen:

- Antrag auf Mitgliedschaft Refugio Thüringen, Psychosoziales Zentrum für Flüchtlinge Jena als Außerordentliches Mitglied aufgenommen
- Dr. Sepp Graessner als außerordentliches Mitglied aufgenommen
- Bernward Ostrop als außerordentliches Mitglied aufgenommen
- Dr. Jochen Zenker als außerordentliches Mitglied aufgenommen
- Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum hat Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet
- Contact Freiburg hat Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet
- Dr. Hubertus Adam: Eppendorf Ambulanz für Flüchtlingskinder u. ihre Familien, Universitätsklinikum Hamburg Eppendorf: hat Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet

B. Aktivitäten der Baff

BAFF Forum

Das BAFF Forum ist von den BAFF- Mitgliedern erfolgreich aufgenommen worden. Bereits 46 MitarbeiterInnen der BAFF- Mitgliedszentren haben sich im BAFF-Forum registriert. Allerdings könnte die Beteiligung mit BAFF-Forum noch aktiver werden, indem bspw. mehr Beiträge in das Forum gesellt werden oder sich noch mehr KollegInnen im Forum anmelden.

Qualifizierung und fachlicher Austausch

- 13.01.: Gesprächstermin des BAFF-Vorstandes mit dem BAMF: Herrn Weikert, Herrn Sprung, Herrn Kleinhans, Herrn Eichhorn und Anderen in Nürnberg
- 19.-21.01.: Jahrestagung des Forum Menschenrechte „Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen“ in Iserlohn
- 23.01. Arbeitstreffen des Gesprächskreis Asyl im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin.
- 26.-27.01. Europ.Konferenz zur Implementation der EU-Rahmenrichtlinien in Wien

- 15.02. Gesprächstermin mit dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfen in Berlin
- 08.03.: AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik: Termin mit dem Innenausschuss der Bundesregierung in Berlin.
- 09.03.: AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik: Termin Rechtspolitisches Fachgespräch mit Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär des BMI in Berlin.
- 10.03.: Gesprächstermin des BAFF Vorstandes mit Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär des BMI in Berlin.
- 02.05.: Fachlicher Austausch mit Wolfgang Eichhorn zur Begutachtung von Flüchtlingen in Berlin. (größere Runde mit BAFF Vorstand, Rechtsanwälten und Vertretern der Bundespsychotherapeutenkammer)
- 10.05.: Gesprächstermin mit dem neuen Hohen Flüchtlingskommissar der UN für Deutschland, Österreich und Tschechische Republik Gottfried Köfner.
- 12.-13.05.: Treffen des Aktionsnetz für Heilberufe von amnesty international in München.
- 16.05.: Empfang des Hohen Flüchtlingskommissars der UN für Deutschland, Österreich und Tschechische Republik vom UNO-Flüchtlingskommissar Antonio Guterres in Berlin
- 19.06.: Mitarbeit am 6. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz-Asyl in Europa in der Evangelischen Akademie in Berlin.
- 26.06. BAFF Festakt: 10 Jahre BAFF im Roten Rathaus Berlin
- 13.07.: Gesprächstermin mit Günther Nooke, dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
- 28.08.: Symposium Humboldt Universität Berlin (Catania Stiftung+bzfo)
- 8.-10.9. Pro Asyl Tagung Tutzingen
- 27.09.: Arbeitstreffen des Gesprächskreis Asyl im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin.
- 13.+14.10 Vortrag bei: „Das Folterverbot und der Kampf gegen Terror-Rechtlos im Rechtsstaat? Rep. AnwaltInnenverein, ai, center for constitutional rights USA.
- 18.10. AG Lobbyarbeit Innenausschuss der Bundesregierung + Forum Menschenrechte
- 19.10.: Gesprächstermin mit Sebastian Edathy, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages und Herrn R. Veith
- 20.10.: BAFF Arbeitstreffen in größerer Runde zu den Europäischen Richtlinie im bzfo, Berlin.
- 20.10. Gesprächstermin mit Liliane Danso von Pro Asyl in Berlin
- 24.-27.10. Vortrag Umgang mit traumat. Flüchtlingen BAMF, Caritas, DW in Bayern, Reimlingen
- 08.-09.11. Vortrag Umgang mit Traumatisierten Flüchtlingen: Diakonie und BAMF im Dialog. in Schwerin.
- 08.-09.11. Fachpol.Forum: Verbesserung der Situation junger Flüchtlinge in Deutschland, Berlin
- Voraussichtlich 19.-21.11. BAFF Bundesfachtagung ZwischenKulturen. Neue Lebenskonzepte als herausforderung für die Traumatherapie mit Flüchtlingen in Köln

- Voraussichtlich 21.11. 10. Ordentliche Mitgliederversammlung der BAFF in Köln
- Treffen des Arbeitskreises Kinder aus traumatisierten Flüchtlingsfamilien innerhalb der BAFF

Europäische Vernetzung:

- 30.-31.03. Europäisches Netzwerktreffen: Network of European Treatment and Rehabilitation Centres for Victims of Torture and Human Right Violations in Paris.
- 21.04.: Treffen mit ai und Pharos, Niederlande zum Thema klinische Begutachtung, Utrecht
- 26.-27.03 Konferenz des Berliner Instituts für Vergleichende Sozialforschung in Florenz, Italien
- 14.-17.07: Trauma Research Net Conference in Sankt Moritz in der Schweiz
- 6.11. Gespräch beim Europarat Strassburg zusammen mit EU-Netzwerk Vertretern aus Paris, Genf, Bukarest mit Philippe Boillat, Directeur general Menschenrechte
- Voraussichtlich 11.12. Steering Group Meeting: Network of European Treatment and Rehabilitation Centres for Victims of Torture and Human Right Violations in Berlin

Lobby- und Representationsarbeit im Rahmen von Arbeitstreffen oder Schriftwechsel:

Mit Politikern

- Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
- Erika Steinbach, Sprecherin für menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU Bundesfraktion
- Ursula Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung
- Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Cem Özdemir, Mitglied des Europäischen Parlaments und Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten
- Prof. Dr. Schäuble, Bundesinnenminister
- Peter Altmaier, Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministerium des Innern
- Günter Nooke, Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt
- Sebastian Edathy, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages
- Dr. Günther Beckstein, Staatsminister des Bayerischen Staatsministerium
- Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister des Landes Berlin
- Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident
- Geschäftsstelle der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (Bundesrat)

- Florian Toncar, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP Bundesfraktion
- Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin
- Briefe an wichtige Ministerien und Politiker zu Bleiberecht und Zuwanderungsgesetz/Evaluation

Mit der Fachöffentlichkeit

- Deutschsprachige Gesellschaft für Psychotraumatologie (DeGPT)
- Deutsches Institute für Menschenrechte
- Universität Konstanz
- Bischof Dr. Wolfgang Huber
- Bundesärztekammer
- Bundespsychotherapeutenkammer
- Berliner Verwaltungsgericht (Percy MacLean und Stephan Eilig)
- Pro Asyl
- amnesty international
- Gottfried Köfner, UNHCR Deutschland
- Prof. Dr. Manfred Nowak

Ständige Mitarbeit:

- beim Arbeitskreis amnesty international-Medizin-Psychologie-Pflege
- Gesprächskreis Asyl der Liga der Spitzendverbände
- Forum Menschenrechte
- AG Lobbyarbeit zur Innenpolitik
- Deutsche Stiftung UNO Flüchtlingshilfe
- Arbeitskreis Flüchtlinge in der IPPNW

Veröffentlichungen:

- Expertenrunden/Arbeitsgruppe "Best Practice und Kritische Reflexion" in Zusammenarbeit mit Loeper Verlag.

Beteiligung an der bundesweiten Kampagne zum Bleiberecht für langjährig Geduldete.

- Erstellung und Veröffentlichung einer Dokumentation von 10 jungen Erwachsenen aus traumatisierten Familien
- Brief an alle Innenpolitiker und der Innenministerkonferenz

C. Finanzbericht

siehe Anlage

Für den Vorstand:

(Elise Bittenbinder)
Vorsitzende

(Anni Kammerlander)
Kassenwärtin

